

Bei uns in **NRW**

Ausgabe 04/2018
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen*



S. 4

*Laschet trifft
Michael Lennartz*



S. 12

*Minister
Holthoff-Pförtner
zur Ruhrkonferenz*

Aufgaben für die Ewigkeit



Der Steinkohlenbergbau hat das Ruhrgebiet mehr als 200 Jahre lang geprägt. Wenn bis Ende 2018 die letzten noch aktiven Bergwerke die deutsche Kohlenförderung einstellen, endet ein Kapitel Industriegeschichte – nicht jedoch die Arbeit der RAG. Auf das Unternehmen kommen dauerhaft wichtige Aufgaben zu. Diese sogenannten Ewigkeitsaufgaben tragen dazu bei, den Wasserhaushalt in der Region unter und über Tage zu regulieren.

Zu den Ewigkeitsaufgaben zählen die Grubenwasserhaltung, der Betrieb von Polderanlagen und das Grundwassermanagement. Oberstes Gebot ist für die RAG dabei der Trinkwasser- und der Umweltschutz. Gleichzeitig entwickelt das Unternehmen ehemalige Bergbauflächen weiter, so dass sie zukünftig Raum für Wohn- und Gewerbegebiete oder für die Erzeugung von erneuerbaren Energien durch Photovoltaik und Windkraftanlagen bieten.

RAG Aktiengesellschaft

Im Welterbe 10
45141 Essen
info@rag.de
www.rag.de



Liebe Leserinnen und Leser,

ein spannendes Jahr 2018 neigt sich dem Ende zu. In Nordrhein-Westfalen haben wir in den vergangenen Monaten vieles erreicht. In zahlreichen Politikbereichen, wie beispielsweise der Inneren Sicherheit oder der Bildungspolitik, kommt unser Land endlich wieder voran.

Das Jahr 2018 steht jedoch nicht nur für politische, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen. Mit dem Ende der Steinkohleförderung in Bottrop und Ibbenbüren wird der Bergbau unter Tage, der in Nordrhein-Westfalen eine jahrhundertelange Tradition hat, in den Ruhestand verabschiedet. Viele Orte und ganze Regionen unseres Landes sind durch den Bergbau geprägt worden. In den meisten Fällen ruhen die Stollen schon seit vielen Jahrzehnten – zu einem vollständigen Ende kommt es aber erst mit diesem Jahr. Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins beschäftigt sich daher näher mit diesem Thema.

Der bisherige Strukturwandel erinnert uns auch an zukünftige Aufgaben, wie beispielsweise den ebenfalls anstehenden Ausstieg aus der Braunkohle. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird dafür Sorge tragen, dass ein geordneter Übergang stattfindet und es nicht zu vorschnellen und fehlerhaften Festlegungen kommt. Wir behalten den

Umweltschutz ebenso im Blick wie die Versorgungssicherheit und die Kosten für die Menschen in unserem Land.

Das Ende des Steinkohlebergbaus sollte uns jedoch auch ins Bewusstsein rufen, dass die Tradition des Bergbaus auch unser Land geprägt hat. Unter Tage sind alle Menschen gleich. Was dort zählt, ist der Zusammenhalt der Kumpel, die sich jederzeit bedingungslos aufeinander verlassen müssen. Religion oder Herkunft spielen dabei für sie keine Rolle.

Liebe Leserinnen und Leser, diese Werte gilt es auch nach dem Ende des Bergbaus für die Zukunft zu bewahren. Lassen Sie uns den Zusammenhalt der Bergleute in die ganze Gesellschaft tragen! Ihnen und Ihren Familien wünsche ich fröhliche, besinnliche und gesegnete Advents- und Weihnachtstage sowie alles Gute und Gottes Segen für das neue Jahr 2019!

Herzliche Grüße

Wolfgang Kerber

Inhalt



Laschet trifft

4 Bergwerksmitarbeiter Michael Lennartz

Topthema

8 Das schwarze Gold von Nordrhein-Westfalen – Wie die Steinkohle unser Land geprägt hat

CDU in NRW

13 Frauen Union in NRW feiert ihr 70-jähriges Bestehen

Gastbeitrag

14 Neues wagen – Bewährtes erhalten!
Ein Gastbeitrag von Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

Im Visier

18 Die Geschäfte der Deutschen Umwelthilfe

Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen (Teil I)
- 12 Meldungen (Teil II)
- 16 12 Fragen an Elisabeth Winkelmeier-Becker
- 17 12 Fragen an Heinrich Frieling
- 20 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Bild- und Textredaktion:
Katja Heins

Autoren:
Lukas Miebach, Frank Rauer, Günther Schuhmacher, Dr. Stephan Terhorst, Katja Heins

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600-0
Fax: 0211 13600-15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Inh. Patrick Schneider
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
Tel.: 0160 94741537
info@designbuedchen.com
www.designbuedchen.com

Druck und Versand:
Deutsche Post
E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Joerg Steber/Shutterstock.com

Einmaliger Ehrengast

Armin Laschet zu Gast beim weltweit größten Schützenfest



Foto: FOTODESIGN MANGUAL.DE

Gerne sind unser Landesvorsitzender, Ministerpräsident Armin Laschet, und seine Ehefrau Susanne der Einladung des Neusser Bürger-Schützen-Vereins gefolgt und haben im Spätsommer das weltweit größte Schützenfest besucht. Als einmaliger Ehrengast war der Aachener bei der großen Königsparade dabei. Der letzte Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, dem diese besondere Ehre zu Teil wurde, war 1953 Karl Arnold. Als Zeichen der Anerkennung überreichte Laschet den Schützen ein Fahnenband des Landes.

„Das Neusser Schützenfest steht für Tradition und gelebte wie geliebte Brauchtumpflege. Schon die enorme Zahl an Mitwirkenden – dieses Jahr wieder mit einer Rekordzahl von mehr als 7700 Marschierern – macht deutlich, mit wie viel Herzblut die Neusser von Jung bis Alt dieses Fest ausrichten und feiern. Das begeistert, fasziniert und lädt zum Mitfeiern ein“, sagte ein sichtlich begeisterter Armin Laschet. ■

Geiseldrama von Gladbeck

Ministerpräsident bittet Angehörige um Vergebung



Foto: Ralph Sondermann

30 Jahre nach dem Geiseldrama von Gladbeck hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet die Angehörigen der Opfer um Entschuldigung gebeten. „Es ist die oberste Pflicht des Staates, seine Bürger zu schützen. Dies ist ihm in Gladbeck und in den Stunden danach unter dramatischen Umständen nicht gelungen“, sagte Laschet zum Jahrestag am 16. August. Ursache dafür sei eine Aneinanderreihung von Fehleinschätzungen gewesen, von organisatorischen sowie menschlichen Fehlern auf unterschiedlichen Ebenen, in mehreren Bundesländern. „Klar ist: Auch Nordrhein-Westfalen hat seinen Anteil“, sagte Laschet weiter. Er kritisierte, dass es eine Entschuldigung des Staates bei den Gladbeck-Opfern nie gegeben habe. Damals wurde NRW von der SPD unter Ministerpräsident Johannes Rau regiert. „Es ist überfällig, dass auch Nordrhein-Westfalen seine Verantwortung wahrnimmt“, so Laschet. Zum Jahrestag nahm der Ministerpräsident an einer Gedenkfeier am Grab des Opfers Silke Bischoff in Heiligenrode bei Bremen teil und legte einen Kranz nieder. ■

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ralph Brinkhaus zum neuen Vorsitzenden gewählt

Unser stellvertretender CDU-Landesvorsitzender Ralph Brinkhaus wurde am 25. September 2018 zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Er folgt auf Volker Kauder, der dieses Amt 13 Jahre lang inne hatte.

Ralph Brinkhaus wird über die Bundestagsfraktion hinaus als kluger Kopf für pragmatische Politik geschätzt. Er wird den Berliner Betrieb wieder auf die politische Arbeit für die Menschen in unserem Land fokussieren – und kann dabei auf die volle Unterstützung seines Heimatverbands setzen.

Zu seinen Stellvertretern wurden aus Nordrhein-Westfalen zudem Carsten Linnemann und Hermann Gröhe gewählt.



Foto: Tobias Koch

Insgesamt sind zehn weitere Mitglieder des Deutschen Bundestages aus Nordrhein-Westfalen in den Fraktionsvorstand gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch! ■



Laschet trifft...

...den Bergwerksmitarbeiter Michael Lennartz

Michael Lennartz wurde am 16. Dezember 1960 in Essen geboren. Hier lebte er, bis er der Liebe wegen nach Recklinghausen-Hochlarmark zog. Fast vierzig Jahre lang hat er über Tage im Bergwerksbetrieb gearbeitet, zuletzt auf Prosper-Haniel in Bottrop. Zum Jahresbeginn 2017 wechselte er in den wohlverdienten Ruhestand. Zeit seines Lebens konnte er die Entwicklung seiner Heimat, des Ruhrgebiets, aus nächster Nähe miterleben. Zum umfassenden Strukturwandel gehören dabei gute wie schlechte Erfahrungen.

Neben seiner Zuneigung für seine Heimat, seine Familie, den Bergbau und den FC Schalke 04 ist es für Michael Lennartz vor allem wichtig, dass man bei großen Herausforderungen nicht tatenlos zusieht, sondern mitanpackt. Er engagiert sich daher nicht nur bei der Gewerkschaft, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, im Betriebsrat, in Verbänden und Vereinen, sondern auch als aktives Mitglied in CDU und CDA.

Lieber Herr Lennartz, wie sind Sie zur Arbeit im Bergwerk gekommen?

Ich bin in einer Zeit groß geworden, in der der Bergbau im Ruhrgebiet noch allgegenwärtig war. Außerdem bin ich neben der Zeche Zollverein aufgewachsen. Eingestiegen bin ich mit einer Ausbildung zum Schlosser. Über die Abend- schule habe ich mich dann in technischen Lehrgängen weitergebildet und später als Materialdisponent gearbeitet. Da geht es also vor allem um die Arbeit in der Vorbereitung und Versorgung für die Kumpel unter Tage. Schließlich wurde ich auf Prosper-Haniel dann auch noch Betriebsrat – als einziger „Schwatter“.

In diesem Jahr endet der Steinkohlebergbau im Revier. Bedauern Sie das?

Natürlich fällt mir der Abschied von der Steinkohle schwer. Für meine ehemalige Arbeitsstelle bin ich immer noch unglaublich dankbar. Manche der Kollegen haben es auch nicht übers Herz gebracht, sich frühzeitig darum zu kümmern, dass sie nun ohne Probleme aufhören oder etwas anderes machen können. Aber auch ich hätte es gerne gehabt, wenn man die vorhandene Kohle noch länger hätte nutzen können. Subventionen gibt es schließlich auch für die Erneuerbaren Energien. Und bei denen glaube ich nicht daran, dass die Zahl der Arbeitsplätze eins zu eins aufgefangen wird. Aber es ist wie es ist. Ich blicke trotzdem mit guter Hoffnung auf die Zukunft des Ruhrgebiets.

Spürt man diese Veränderungen auch an anderer Stelle?

In den letzten Jahrzehnten hat sich vor Ort einiges verändert. Das merkt man beispielsweise auch daran, dass Hochlarmark wie viele andere Teile des Ruhrgebiets eigentlich immer eine SPD-Hochburg gewesen ist. Heute ist das anders. Es gibt viele Austritte. Ich denke, dass viele unzufrieden damit geworden sind, was in den vergangenen Jahren passiert oder vielleicht auch nicht passiert ist. Wenn ehemalige Kollegen und Gewerkschafter aber auf einmal die AfD unterstützen, dann kann ich das nicht



verstehen. Ich finde es schrecklich, wie pauschal und abwertend teilweise über Migranten gesprochen wird. Gerade unter Bergarbeitern hat doch immer gegolten, dass es egal ist, wo man herkommt – ob aus Deutschland, der Türkei oder vom Balkan. Ich habe im Bergwerk immer nur großen Zusammenhalt kennengelernt, egal ob über oder unter Tage, egal ob im Umgang mit Vorgesetzten oder Untergebenen.

” **Also bin ich in die Partei eingetreten, um Haltung zu zeigen.** “



Dieser Zusammenhalt hat mich immer schon beeindruckt. Als ich vor kurzem mit meinem Vater, der ja früher unter Tage gearbeitet hat, und mit einigen Kumpel verschiedenster Herkunft in Prosper-Haniel eingefahren bin, hat man mir das nochmal sehr deutlich vor Augen geführt. Beim Thema Zusammenhalt fällt mir aber auch ein, dass man Ihre CDU-Mitgliedschaft bei den Kollegen im Bergwerk doch sicher nicht überall gut gefunden hat, oder?

Als einziger CDU-Mann unter lauter SPD-Anhängern musste man sich natürlich durchaus behaupten. Ich kann mich beispielsweise daran erinnern, dass ich einmal vorgeschlagen habe, Karl-Josef Laumann zu einer Grubenfahrt einzuladen. Da war das Geschrei groß! Auf der an-



der IG BCE-Ortsgruppe Hochlarmark bin ich beispielsweise immer noch. Ein gutes Beispiel dafür ist auch unserer Europa-Abgeordneter Dennis Radtke aus Bochum, der ja ebenfalls beide Hintergründe miteinander vereint und heute unsere Interessen in Brüssel vertritt.

Für Dennis Radtke und alle anderen unserer Kandidaten für das Europäische Parlament werden wir uns gerade in den nächsten Monaten bis zur Europawahl im Mai natürlich noch einmal besonders stark machen. Sind Sie denn ansonsten mit der Politik in unserem Land einverstanden?

Natürlich gibt es Probleme. Bei uns im Ruhrgebiet ist in den kommenden Jahren noch viel zu tun. Meiner Meinung nach merkt man jedoch, dass sich etwas tut. Zum Beispiel bei der Inneren Sicherheit. Zuerst hatte ich Zweifel, ob Herbert Reul für die Aufgaben eines Innenministers die beste Wahl wäre. Inzwischen denke ich, dass er der beste ist, den wir je hatten. Er packt die Dinge an. Für Veränderungen muss man aber auch selber sorgen. Obwohl ich jetzt in Rente bin, bin ich ehrenamtlich immer noch sehr viel unterwegs, beispielsweise um in Partei, Gewerkschaft

deren Seite fanden es aber auch nicht alle CDU-Kollegen gut, dass ich aktiver Gewerkschafter bin.

Wie kam es denn überhaupt zu Ihrem Eintritt in die CDU?

Für mich war eine christliche Grundeinstellung immer schon wichtig. Ich war früher beispielsweise auch Messdiener. Ausschlaggebend war dann aber, dass ich nicht damit einverstanden war, wie viele in meinem Umfeld in den 80er Jahren über die CDU-geführte Bundesregierung geschimpft haben. Ich dachte mir: Das kann doch wohl nicht sein! Also bin ich in die Partei eingetreten, um Haltung zu zeigen. Das war 1986.

Und die gleichzeitige Gewerkschaftsarbeit war für Sie kein Problem?

Nein, und ich denke, dass sich da vieles zum Guten verändert hat. Mitte der 80er Jahre war das teilweise fürchterlich, wie miteinander umgegangen wurde. Heute ist es einfacher, sich gleichzeitig in CDU und Gewerkschaft zu engagieren. Für mich war das am Ende immer eine gute Kombination. Heute bin ich stolz darauf, was ich alles beeinflussen oder auf den Weg bringen konnte. Vorsitzender



und Vereinen, als Jugendschöffe oder als Knappschaftsberater mitzumischen. Das will ich auch fortführen. Wenn man so aktiv ist, ist das Wichtigste die Unterstützung von zu Hause. Die hatte ich zum Glück immer und dafür bin sehr dankbar.

Ihr persönlicher Einsatz ist wirklich vorbildlich. Auch als Landesregierung müssen wir sehen, dass Nordrhein-Westfalen endlich wieder vorankommt. Das gilt insbesondere natürlich aber auch für das Ruhrgebiet, dem wir mit der Ruhrkonferenz berechtigterweise eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Lieber Herr Lennartz, es hat mich sehr gefreut, Sie heute einmal kennenzulernen. Vielen Dank für das Gespräch und Ihr langjähriges Engagement!

Vielen Dank, dass ich hier sein durfte. Mit Ihrer Einladung zu einem Treffen hätte ich ja niemals gerechnet. Über diese Überraschung habe ich mich sehr gefreut!



Das schwarze Gold von Nordrhein-Westfalen

Wie die Steinkohle unser Land geprägt hat

Von Dr. Stephan Terhorst



Wenn Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021 seinen 75. Geburtstag feiert, kann es auf eine bewegte Zeit zurückblicken. Dazu gehören die langen Jahre der Steinkohleförderung, ohne die es einen industriellen und wirtschaftlichen Fortschritt in Deutschland und Europa nicht gegeben hätte. Die Steinkohle hat das Land geprägt, denn die überwiegend in Nordrhein-Westfalen geförderte Steinkohle war der Brennstoff für das Wirtschaftswunder der Bundesrepublik Deutschland.

Einst als schwarzes Gold bezeichnet, gilt Steinkohle heute als zu teuer, schmutzig, umwelt- und klimaschädlich. Wenn die beiden letzten Zechen in Nordrhein-Westfalen Ende dieses Jahres schließen, hat die Steinkohle in Deutschland nach fast 700 Jahren als Strom- und Wärmelieferant endgültig ausgedient. Da hilft es dem schwarzen Sediment auch nicht, dass es zum Ende seiner Karriere noch zum „Gestein des Jahres 2018“ gekürt wurde.

Die Steinkohlenvorkommen des Ruhrgebiets, des Aachener und des Ibbenbürener Reviers entstanden vor mehr als 300 Millionen Jahren. Unser Land selbst steht auf etwa 440 Milliarden Tonnen Kohle, von denen inzwischen rund zehn Milliarden Tonnen abgebaut worden sind.

Das Ruhrgebiet galt neben England als die Wiege des Steinkohlenbergbaus weltweit. Als Mitte des 19. Jahrhunderts die Kapazitäten der Stollenzechen nicht mehr ausreichten, um den Kohlebedarf der beginnenden Industrialisierung zu decken, war der Tiefbau im Ruhrbergbau der Meilenstein für die Überwindung der Mergelgrenze. Die ersten Tiefbauschächte wurden ergänzend zu bestehenden Stollengruben angelegt, um tiefer liegende Flöze zu erschließen. Dies gelang Franz Haniel 1833 mit dem Schacht Franz in Borbeck bei Essen und im großen Maßstab 1840 auf der Zeche Kronprinz.

Zu den Hochzeiten des Abbaus in den 1960er Jahren arbeiteten in den Zechen des Ruhrgebiets rund 600.000 Menschen. Zum Ende der Förderzeit sind es noch etwa 5.000 Beschäftigt. Von rund 160 Bergwerken im Jahr 1956 mit mehr als 150 Millionen Tonnen geförderter Kohle, die zwei Drittel des deutschen Energiebedarfs abdeckten, schließen die beiden letzten Zechen in Bottrop und Ibbenbüren Ende 2018. Sie fördern etwa vier Millionen Tonnen Kohle im Jahr. Zum Vergleich: In China sind es 3.725 Millionen Tonnen!

Die Steinkohle hat Nordrhein-Westfalen und die Menschen hier geprägt. Die Bergmänner waren nicht nur maßgeblich an der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Nordrhein-Westfalens beteiligt. Aus den Zechen heraus sind ganz entscheidende Impulse für Demokratie und Gerechtigkeit gekommen: Der Bergbau war ein Beispiel für gelebte Solidarität. Unter Tage kam es nicht auf Herkunft und Religionszugehörigkeit an, sondern darauf, ob man sich aufeinander verlassen konnte.

Wenn nach fast 200 Jahren der industrielle Bergbau eingestellt wird und eine stolze und traditionsreiche Industriebranche verschwindet, erinnern die Fördertürme noch lange an die goldenen Zeiten. Es geht nicht nur ein Stück erfolgreiche nordrhein-westfälische Geschichte zu Ende. Es ist eine Zäsur!

Das Ende der Steinkohle ist aber nicht das Ende des Bergbaus. Es gibt noch viel zu tun. Denn unter Tage muss noch „aufgeräumt“ werden, Maschinen, Leuchtmittel und Förderbänder müssen abgebaut und nach oben gebracht werden. Aber auch danach gilt es, die Folgen des Bergbaus abzuschätzen und zu erforschen. Was hat die Stilllegung der Zechen für Folgen für die Erdoberfläche? Was passiert mit dem Grubenwasser? Wie weit darf es ansteigen? Lässt sich mit ihm über Pumpspeicherkraftwerke sogar Energie gewinnen? Und was passiert mit den alten Zechengeländen – sollen Freizeitanlagen oder Logistikstandorte entstehen? Fragen, auf die wir Antworten finden müssen.

Schon heute versucht die Technische Hochschule Georg Agricola im Norden Bochums auf diese Fragen Antworten zu finden. Die ehemalige Bergschule Deutschlands war einst Ausbildungsstätte für Steiger. Heute werden in diesen historischen Räumen Maschinenbauer, Elektrotechniker, Geo- und Rohstoffingenieure ausgebildet. In ihrem Studiengang Nachbergbau, der dort seit 2013 angeboten wird, beschäftigen sich die Studierenden mit den Herausforderungen, die nach der Schließung der Zechen auf die Region zukommen: Bergschäden, verschmutztes Trinkwasser, Wassereinträge.



Foto: Shutterstock.com

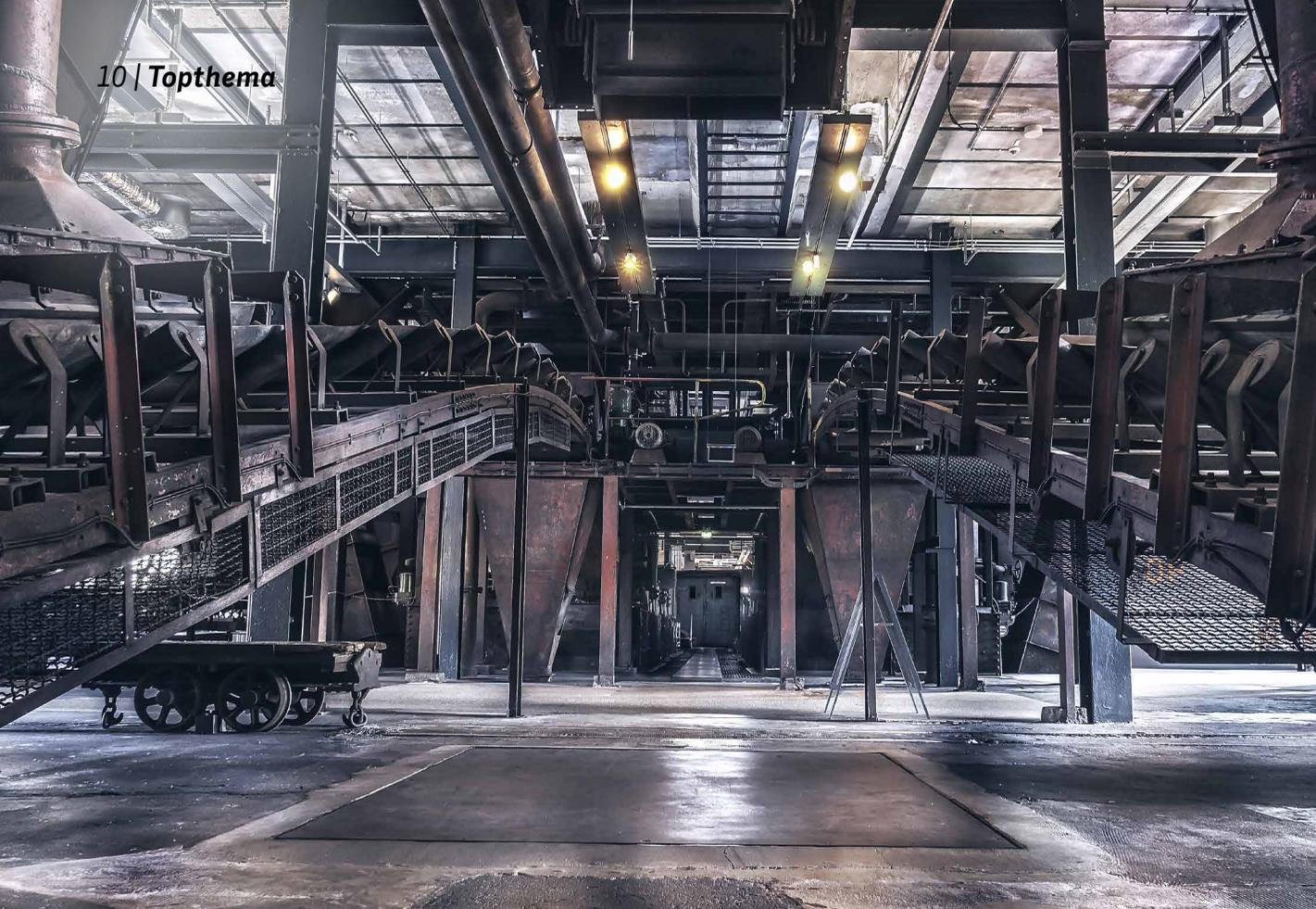


Foto: Shutterstock.com

Die Technische Hochschule Georg Agricola steht genauso für den Strukturwandel wie die Zeche Zollverein. Neben Kunst, Museen und Gastronomie haben sich auch Unternehmen auf dem Gelände angesiedelt, das übrigens zum Unesco-Weltkulturerbe zählt.

Im endgültigen Aus der Steinkohle liegt also auch die Chance, eine neue Nachbergbau-Ära zu gestalten und zu prägen!

Eine Chance für einen gelingenden Wandel in den alten Zechenregionen bietet die Digitalisierung – die schon jetzt allgegenwärtig ist. Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Potenziale für die Menschen nutzbar machen. Wir sehen in ihr mächtige Instrumente, technische Lösungen und große Ressourcen. Grundlage all dieser Entwicklungen und anzustellenden Überlegungen sind Daten. Die generierten und verfügbaren Daten stellen einen ebenso guten und verwertbaren Rohstoff wie andere Produktionsmittel dar. Wie die einst so wichtige Kohle müssen wir die Nutzung von Datenbeständen für Wachstum und Wohlstand in und für Nordrhein-Westfalen sichern.

Neben der Digitalisierung sind es aber auch gerade Start-Ups, die vom Ende der Steinkohle und der Infrastruktur ehemaliger Zechengelände profitieren können.

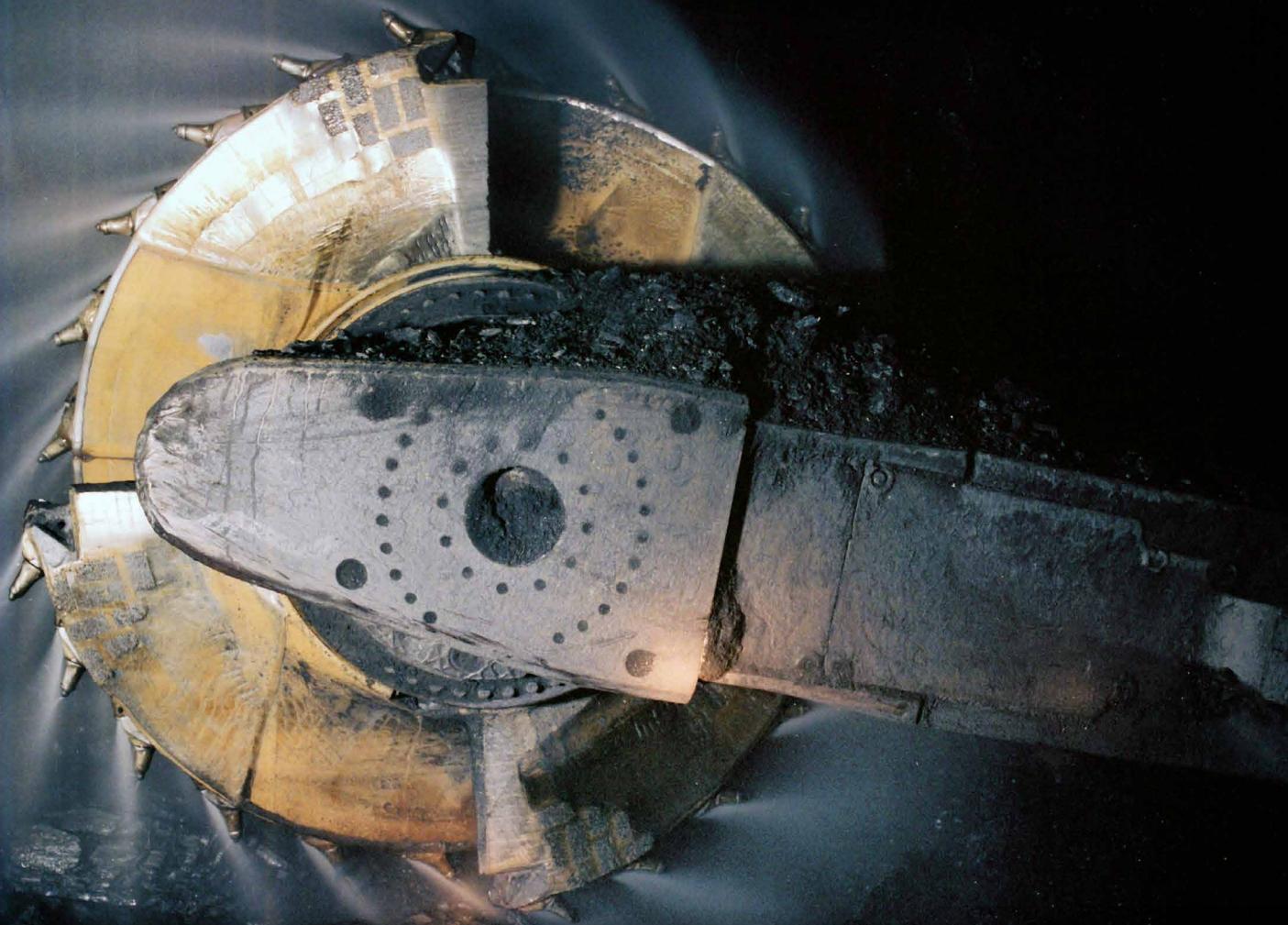
Waren es früher Zechen, die ganze Stadtteile und Städte prägten, so könnten dies zukünftig junge Unternehmer mit

innovativen Ideen sein, die Stadtteilen einen neuen Charakter verleihen und Arbeitsplätze bieten.

An dieser Umgestaltung und der Prägung einer neuen Ära will die CDU Nordrhein-Westfalen mitwirken und die Menschen hierbei mitnehmen. Glück auf! ■



Foto: Shutterstock.com



” Es geht nicht nur ein Stück erfolgreiche nordrhein-westfälische Geschichte zu Ende. Es ist eine Zäsur! “

Mittelstandstag 2018

MIT viel Tempo direkt an der Rollbahn

Fotos: Roland Rochlitzer

Passend zum Motto des Leitetrags „NRW geht schneller“ haben sich Anfang September Hunderte Delegierte der MIT NRW und Vertreter aus Wirtschaft und Politik am Flughafen Paderborn/Lippstadt getroffen. Im Ambiente des historischen Museumshangars standen Zukunftsfragen im Zentrum der Debatte: Forschung und Innovation, die strukturellen Herausforderungen durch die Digitalisierung des Arbeitsmarktes und nicht zuletzt die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen.

Die MIT forderte mit Nachdruck, dass in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen endlich Bürger und Wirtschaft durch Abgaben- und Steuersenkungen entlastet werden. Außerdem

pochte der Wirtschaftsflügel der Union darauf, die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Herabsetzung der Grunderwerbssteuer umzusetzen, um in einer immer flexibler werdenden Arbeitswelt ein attraktiver Standort für Fachkräfte zu bleiben und Wohnortwechsel zu erleichtern. Auch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW fand einhellige Zustimmung unter den Delegierten der MIT.

Abseits der Versammlung gab es auf dem Vorfeld des Hangars eine Wirtschaftsschau, bei der die Unternehmen die neuesten Zukunftstrends präsentierten. Vor allem „Feinstaubfreser“, CO₂-freie Erdgastrucks und Rettungsdrohnen verblüfften Delegierte und Gäste. ■



Eine große Wirtschaftsschau, prominente Gäste, gute Diskussionen: Der Mittelstandstag 2018 hatte wieder viel zu bieten und zog hunderte Unternehmer sowie Vertreter aus Politik und Wirtschaft an.



Foto: CDU-Fraktion/Zierhut

LANDTAG aktuell: Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

HAUSHALT 2019

Erstmals seit 45 Jahren: Ein Haushalt mit Überschüssen

Die NRW-Koalition ist mit dem Versprechen angetreten, den Haushalt zu modernisieren, zu konsolidieren und dabei in die Zukunft zu investieren. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf wird deutlich: dieses Versprechen halten wir. Die Landesregierung setzt ihre solide Finanzpolitik fort und kann gleichzeitig in alle wichtigen Politikfelder investieren.

Beispielsweise in Bildung: 27.205 zusätzliche Kita-Betreuungsplätze, 1.000 zusätzliche Lehrerstellen, 7.500 neue Plätze für den offenen Ganztag, ein Zuwachs von 335 Millionen Euro für Personal- und Sachmittel, insbesondere neue Studienplätze im Hochschulstudium,

eine Digitaloffensive an allen Schulen und Berufsschulen. Ein Paket, mit einem Zuwachs von knapp einer halben Milliarde Euro, um das Armutsrisiko zukünftig zu vermeiden. Nordrhein-Westfalen bleibt damit das soziale Gewissen der Bundesrepublik.

45 Jahre lang wurde die Landeskasse auf Verschleiß gefahren, davon 39 Jahre geprägt durch sozialdemokratische Regierungen. Ich bin sehr stolz, dass es die NRW-Koalition geschafft hat, das Ruder in diesem Bereich umzulegen. Zum ersten Mal seit 1973 weist der Haushalt einen Überschuss aus - das ist ein echter Erfolg. Wir werden auch weiterhin alles dafür tun, dass der eingeschlagene Weg beibehalten wird.

ENQUETEKOMMISSION II

Demokratie schützen und stärken



Foto: CDU-Fraktion/Volker Zierhut

Der Philosoph Claude Lefort brachte es auf den Punkt: „Demokratie ist institutionalisierte Ungewissheit.“ Dieser Satz macht deutlich, dass unsere Demokratie weder über politischen Bestandsschutz, noch über eine gesellschaftliche Akzeptanzgarantie verfügt – schon gar nicht in einer Welt, die „aus den Fugen geraten“ scheint.

Ein Erfolgsmodell

Die parlamentarische Demokratie ist ein Erfolgsmodell. Sie hat sieben Jahrzehnte Frieden und Wohlstand nach Deutschland gebracht und gesichert. Seit einiger Zeit gerät dieses System jedoch zunehmend unter Beschuss. Wir erleben einen dramatischen Mitgliederverlust der Parteien, den Rückgang der Wahlbeteiligung, einen Mangel an Glaubwürdigkeit und Integrität von Politik und Institutionen, die sinkende Zustimmung zur Demokratie, das Erstarken populistischer Strömungen und in deren Schatten das Erscheinungsbild des Wut- oder Frustbürgers und des Demokratieverächters.

Die rasante Zunahme von Gruppen, die den grundsätzlichen Staatsaufbau ablehnen sowie die steigende Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung vermeintlich politischer Ziele sind sichtbare Anzeichen dafür, dass die Demokratie als System bei der Bevölkerung auf dem Prüfstand steht. Gleichzeitig erzeugen und verfestigen Fil-

terblasen in sozialen Netzwerken den Eindruck, dass demokratische Strukturen in der Politik keine Lösungen für Probleme finden. Diesem Trend wollen wir entschieden entgegentreten.

Nähe zum Menschen und Partizipation

Daher hat der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion die Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ auf den Weg gebracht. Sie wird sich mit dem Aufbau der Zuständigkeiten in unserem föderalen Gefüge befassen. Welche Zuständigkeiten und Verantwortungen sollen Bund und Länder erhalten und welche zusätzlichen Kompetenzen der Länderebene eingeräumt werden müssen, werden Kernthemen der Kommission sein.

Eine Antwort darauf heißt Subsidiarität. Es sind in der politischen Landschaft Bestrebungen nach Zentralisierung zu erkennen, wie sie bei der Diskussion um das Kooperationsverbot im Schulbereich oder bei der Inneren Sicherheit bereits erkennbar waren. Das kann nicht die Lösung sein. Im Gegenteil. Je mehr Politik auf den unteren Ebenen stattfindet, desto näher ist sie am Menschen und wird von ihnen besser wahrgenommen und verstanden. Die zweite Antwort heißt Partizipation: Wir müssen mehr Menschen dafür gewinnen, sich politisch zu engagieren und am politischen Geschehen teilzunehmen. Die Suche nach Kandidaten für die Kommunalwahl wird immer schwieriger. Wir müssen das politische Ehrenamt als Basis der politischen Beteiligung stärken. Dafür müssen wir Wege finden.

Erosion verhindern

Vor gut 70 Jahren wurde der „Parlamentarische Rat“ am 1. September 1948 im Bonner Museum Koenig eröffnet. In knapp einem halben Jahr begehen wir den 70. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Vor dem Hintergrund

aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen wollen wir intensiv mit Möglichkeiten zur Stärkung dieses konstitutiven Bestandteils unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung beschäftigen.

Unsere parlamentarische Demokratie muss geschützt werden. Wir wollen eine Erosion

des Systems mit allen uns gebotenen Mitteln verhindern. Die heute politisch Verantwortlichen müssen sich schnellstmöglich Gedanken machen, wie sie so gestärkt werden kann, dass sie morgen noch funktioniert. Politik muss sich weiterentwickeln. Wir haben hierbei keine Zeit zu verlieren. Hierzu soll die Enquete-kommission einen wichtigen Beitrag leisten.

ORDENTLICHE MITGLIEDER



Dr. Stefan Nacke
(Vorsitz)



Dr. Marcus Optendrenk



Andrea Stullich



Marco Voge
(Vorsitz)



Petra Vogt

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER



Dr. Günther Bergmann



Jochen Klenner



Kirstin Korte



Arne Moritz



Rüdiger Scholz

3 Fragen an Dr. Stefan Nacke, Vorsitzender der Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“:

Welche Entwicklungen in der Gesellschaft bringen Sie zu der Überzeugung, dass unsere Demokratie gestärkt werden muss?

Digitalisierung verändert die Kommunikations- und Informationsformen. In den Filterblasen der neuen Medien bleibt man in der eigenen Perspektive gefangen und verlernt, sich in andere Positionen hineinzusetzen. Es geht aber um Gemeinwohl und nicht bloß um Interessensoptimierung. Zudem sind die heutigen Problemstellungen in ihren globalen Zusammenhängen zu begreifen. Lösungsansätze sind entsprechend komplexer und schwieriger zu vermitteln.

Ist die Demokratie in Gefahr?

Populistische Trittbrettfahrer aller Couleur sind nicht an komplizierten politischen Lösungen interessiert. Sie verstärken die Ängste und Ressentiments der Menschen und schüren das

Freund-Feind-Denken. Als verantwortungslose Spieler nutzen sie die Mittel der Demokratie, um sie abzuschaffen. Sie verunsichern, um von den eigentlichen Fragen abzulenken und unbeobachtet ihren persönlichen Vorteil zu sichern. Gegen diese gezielten Tabubrüche müssen wir unsere auf Kompromissfähigkeit basierende politische Kultur verteidigen.

Wie kann Politik da positiv einwirken?

Systemvertrauen gewinnen wir, wenn Politik erkennbar Probleme löst. Dafür müssen wir z.B. föderale Entscheidungsstrukturen klären und unsere Landeszuständigkeit für die (Weiter-) Bildungs- und Medienpolitik aber auch für die Innere Sicherheit konsequent nutzen. Um Politik besser erklären zu können und die demokratische Debattenkultur zu fördern, müssen wir den Parlamentarismus stärken – und zwar dem Subsidiaritätsprinzip gemäß von der Kommune über das Land und den Bund bis zu Europa.



Gregor Golland,
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender



**Dr. Christos
Katzidis,**
innenpolitischer
Sprecher



Thomas Schnelle,
Berichterstatter
„Feuerwehr“ des
AK Innen

**Bilder rechts
(oben und unten):**
Werkstattgespräch der
CDU-Fraktion zur „Zukunft
der Feuerwehr“.

Bilder rechts (Mitte):
Die Abgeordneten der
CDU-Fraktion haben sich
anlässlich der „Woche
der Feuerwehr“ vor Ort
ein Bild von der Arbeit
der Feuerwehr gemacht.

WERKSTATTGESPRÄCH

Wir wollen eine gute Zukunft für unsere Feuerwehr

Ob ehren- oder hauptamtlich – die Feuerwehren sind zur Stelle, wenn Not am Mann oder Not an der Frau ist. Ob bei der Brandbekämpfung, bei Verkehrsunfällen, Rettungseinsätzen oder der technischen Hilfeleistung: Unsere Feuerwehren sind in der Regel die ersten, die am Ort des Geschehens eintreffen und schnell und kompetent Hilfe leisten. „Diese Leistung erbringen Sie mit hohem persönlichem Einsatz an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken.“ Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Bodo Löttgen, den intensiven Meinungsaustausch im bisher neunten Werkstattgespräch der CDU-Fraktion im Plenarsaal des Landtags.

Gemeinsam mit Innenminister Herbert Reul, dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes Hartmut Ziebs, und Experten aus Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr diskutierten die zuständigen Innenpolitiker der Fraktion, Thomas Schnelle, Dr. Christos Katzidis und Gregor Golland, Lösungen für die vielen Herausforderungen im Alltag der Feuerwehren.

Die Gewalt nimmt zu

Ein wichtiger Punkt war der Feuerwehrynachwuchs. Mit den 1,8 Millionen Euro, die die NRW-Koalition für Mannschaftfahrzeuge und Starterpakete für die Kinderfeuerwehr vorgesehen hat, ist ein erster Schritt gemacht. Darauf wollen wir aufbauen.

Die Gewalt gegen Feuerwehrleute im Einsatz nimmt zu – das war das zweite wichtige Thema des Abends. Damit muss Schluss sein. Es ist gut, dass es nun eine gesetzliche Grundlage für die Ahndung solcher Angriffe gibt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Regelungen strikt angewendet und durchgesetzt werden. Die Feuerwehren bei ihrer lebenswichtigen Arbeit zu behindern ist kein Kavaliersdelikt. So etwas muss konsequent bestraft werden.

Woche der Feuerwehr ausgerufen

Um es nicht nur bei Worten zu belassen, hat die CDU-Fraktion Ende September die „Woche der Feuerwehr“ ins Leben gerufen. Sie soll ein Zeichen des Respekts vor der Arbeit der Feuerwehrleute sein. In dieser Zeit haben viele CDU-Abgeordnete ihre Feuerwehren vor Ort besucht, um sich persönlich ein Bild von der Arbeit und den täglichen Herausforderungen, zu machen.

Das Fazit ist eindeutig: Die hohe Motivation und Professionalität der Feuerwehrfrauen und –männer in Nordrhein-Westfalen ist absolut beeindruckend. Ob Brandbekämpfung, Gefahrstoffsisicherung oder auch die Wartung der komplizierten Einsatzwerkzeuge – Feuerwehrleute müssen Allrounder sein. Dabei wenden vor allem die Ehrenamtlichen in der Truppe einen großen Teil ihrer Freizeit auf, um das zu lernen, was nötig ist, um Menschen in Not zu helfen.

Situation nachhaltig verbessern

Vor Ort hat sich gezeigt, dass die Debatte im Werkstattgespräch die wichtigen Punkte abgebildet hat. Die größten Herausforderungen der Truppe sind die Nachwuchsgewinnung und die Frage, wie wir die Systeme in den Leitstellen vereinheitlichen können, damit unsere Feuerwehr in der Lage ist mit anderen Leitstellen landesweit Hand in Hand zu arbeiten. Bürokratie haben uns die Experten vor Ort als größten Hemmschuh beschrieben.

Aus der „Woche der Feuerwehr“ nehmen wir eine Vielzahl an Themen für unsere Fraktionsarbeit mit. Denn wir wollen die Situation der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verbessern. Für die unzähligen Gespräche, die vielen Einblicke in die Arbeit und den offenen Empfang bei den Feuerwehren, möchten wir uns herzlich bedanken.



INTERVIEW

Wir wollen es besser machen

Daniel Sieveke ist stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion und Innenpolitiker durch und durch. Im Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag von Berlin vertritt er die Fraktion als Sprecher nach außen und ist überdies Vorsitzender des Innenausschusses. Im Interview erzählt er, was die NRW-Koalition von der Vorgängerregierung unterscheidet und warum sich vor kurzem ein Kindheitstraum für ihn erfüllt hat.

Vor einigen Wochen hat die CDU-Fraktion die Woche der Feuerwehr ausgerufen. Auf unserem Instagram-Account haben Sie live von Ihrer Zwölf-Stunden-Schicht bei der Feuerwehr in Paderborn berichtet. Was hat Sie besonders beeindruckt?

Ganz klar die Offenheit, mit der ich empfangen wurde. Ich konnte in den zwölf Stunden das ganze Spektrum dieser Arbeit erleben und durfte alles mitmachen. Es hat nochmal deutlich gemacht, was für einen unverzichtbaren Dienst diese Menschen tagtäglich in unserem Land leis-

ten. Dem gebührt unser voller Respekt und das habe ich dort auch nochmal deutlich gemacht.

Folgt auf Ihre Karriere in der Politik also irgendwann eine Karriere als Feuerwehrmann?

(lacht) Das war tatsächlich ein Kindheitstraum von mir. Da hat sich durch meinen Besuch ein Kreis geschlossen. Ich durfte zu Einsätzen mitfahren und bin in voller Montur und mit Atemschutz den Leiterwagen hochgeklettert. Das hat alles gut geklappt, aber auf Dauer passen für mich die Politik und mein eigentlicher Beruf doch besser.

Sie sind eigentlich – momentan freigestellt – Leiter einer Sparkassengeschäftsstelle. Ein spannender Ort, um zu erfahren, was die Menschen bewegt, oder?

Absolut! Die Menschen kommen ja mit ganz konkreten Anliegen und gemeinsam sucht man nach einer guten Lösung. Insofern unterscheidet sich das gar nicht so sehr von den Bürgersprechstun-

den in meinem Wahlkreisbüro. Auch da versuche ich Probleme zu lösen und Kontakte zu vermitteln. Ohne diesen Austausch mit den Menschen, könnten wir gar keine gute Politik für unser Land machen. Woher sollte man sonst wissen, was die Menschen wirklich bewegt?

Ein Erfolgsrezept der NRW-Koalition?

Wir haben die Themen, die den Menschen unter den Nägeln brennen, richtig erkannt und Ihnen die richtigen Lösungsvorschläge angeboten. Das erfährt man eben nur durch zuhören – ohne geht es nicht, sonst bleibt man in seiner eigenen Blase.

Liegt das auch am Koalitionspartner?

Diese Koalition will es besser machen. Natürlich streitet man sich auch mal – wir sind schließlich zwei unterschiedliche Fraktionen. Aber jeder versucht sich auch immer in die Lage des anderen hineinzusetzen. Dadurch wächst das Verständnis füreinander. Und dieser Geist, miteinander zu arbeiten, um etwas möglich zu machen, ist glaube ich das Geheimnis unserer Koalition.

Als Vorsitzender sind Sie im Innenausschuss zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Juckt es Sie trotzdem manchmal in den Fingern, in den oft hitzigen Debatten mitzumischen?

Na klar! Wenn einen ein Thema so sehr interessiert, möchte man seine Meinung unbedingt in die Debatte einbringen. Das geht glaube ich allen Kollegen so, die den Ausschüssen vorsitzen. Zum Glück besteht das Leben eines Abgeordneten ja nicht nur aus Ausschusssitzungen. Ich kann mich daher sehr stark in dieses Thema einbringen.

Nun wird bald ein neues Polizeigesetz verabschiedet. Warum war das nötig?

Die Gesellschaft hat sich verändert. Digitalisierung und Terrorismus sind da nur zwei wichtige Schlagworte. Die Polizei steht vor immer neuen Herausforderungen, hat aber nur das Rüstzeug von früher. Da wollten wir ran. Verbrecher telefonieren eben nicht mehr miteinander, sondern

chatten in Messengern. Ich bin froh, dass wir nun ein Gesetz auf den Weg gebracht haben, das die Polizei ganz konkret unterstützt.

Fließen da auch die Erfahrungen aus zwei Jahren Arbeit im Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag in Berlin mit ein?

Der Untersuchungsausschuss läuft noch, deshalb darf und will ich da noch keine Bewertung abgeben. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass schon jetzt eklatante Mängel auf dem Tisch liegen, die wir anpacken müssen. Es geht gar nicht immer darum, das Rad neu zu erfinden, sondern bestehende Mängel zu beseitigen. Keiner will schließlich, dass sich so etwas nochmal wiederholt. Dieser Ausschuss ist deshalb so enorm wichtig.

Was sagt eigentlich Ihre Familie zu Ihrem Beruf?

Meine beiden Jungs – Zwillinge übrigens – sind in dem Jahr geboren worden, als ich in den Landtag gewählt wurde. Die kennen das also gar nicht anders. Sehr dankbar bin ich für die Unterstützung meiner Frau, die mir für die politische Arbeit den Rücken stärkt.

Was könnten die anderen Abgeordneten von einem Paderborner lernen?

Dass Paderborn genauso weit von Düsseldorf entfernt liegt, wie Düsseldorf von Paderborn. (lacht) Die verschiedenen Regionen in Nordrhein-Westfalen, die Städte, Gemeinden, Dörfer und Metropolen – das alles ist Nordrhein-Westfalen. Ich bin froh, dass die NRW-Koalition sich genau das auch zum Regierungsprogramm gemacht hat.

ZUR PERSON

Daniel Sieveke stammt aus Paderborn, ist 42 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Söhnen. Der studierte Sparkassenbetriebswirt war Geschäftsstellenleiter bei der Sparkasse Paderborn-Detmold, wo er wegen seines Mandats freigestellt ist. Von der Jungen Union, über die CDU Paderborn, führte ihn sein Weg über den Stadtrat in den Landtag. Seit 2010 ist er Landtagsabgeordneter und seit 2017 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion. Er ist Vorsitzender im Innenausschuss und Sprecher im PUA I („Anis Amri“).



Foto: privat



Rüdiger Scholz,
Beauftragter
der CDU-Landtagsfraktion für
Vertriebene,
Aussiedler und
deutsche Minderheiten

DEUTSCHE HEIMATVERTRIEBENE, AUSSIEDLER UND SPÄTAUSSIEDLER

Erbe erhalten – Zukunft gestalten

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und von Nordrhein-Westfalen ist eng verflochten mit den Schicksalen und Leistungen der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Sie haben sich für den Aufbau und die gute Entwicklung unseres Landes eingebracht und darüber hinaus im Sinne der Völkerverständigung Brücken in ihre Herkunftsländer gebaut.

Diese herausragenden Leistungen haben die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP in einem Antrag gewürdigt. Der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten, Rüdiger Scholz, betont dabei vor allem auch den Blick in die Zukunft: „Es ist uns ein besonderes Anliegen, einerseits eine angemessene Erinnerungskultur zu etablieren und andererseits die Aufgaben der Zukunft anzugehen. Dazu hat die NRW-Koalition im Koalitionsvertrag ja auch schon wichtige Eckpunkte gesetzt.“

Hoher Stellenwert für die Landesregierung

So zum Beispiel die erstmalige Berufung eines Beauftragten der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern. Er soll verdeutlichen, welchen hohen Stellenwert diese Menschen für die Landesregierung haben. Mit ihm erhalten

sie eine starke Stimme in Nordrhein-Westfalen, der die Zusammenarbeit koordiniert und als Verbindungsglied tätig ist.

„Mit dem aktuellen Antrag möchten wir ein klares Signal senden, dass wir die Zukunftsaufgaben angehen und den Koalitionsvertrag konsequent umsetzen wollen“, so Rüdiger Scholz weiter. „Für die Erinnerungskultur ist beispielsweise eine umfangreichere Vermittlung des Themas Flucht und Vertreibung im Schulunterricht wichtig. Beim Thema Integration und Teilhabe müssen wir über eine schnellere und bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüssen sowie den Abbau von Nachteilen von Spätaussiedlern im Rentenrecht sprechen.“

Brücken nach Europa

Auch die Landsmannschaften, insbesondere die Patenlandmannschaften der Oberschlesier und Siebenbürger Sachsen, sollen enger in die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern eingebunden werden. „Sie sind unsere sprachlichen und menschlichen Brücken nach Europa“, bekräftigt Rüdiger Scholz. „Erinnerung und kulturelles Erbe erhalten sowie gemeinsam Europas Zukunft gestalten, das ist unsere Verantwortung und dafür setzen wir uns als NRW-Koalition ein.“



ENQUETEKOMMISSION III

NRW auf den Brexit vorbereiten

Am 23.06.2016 hat das britische Volk in einem Referendum entschieden aus der EU auszutreten. Für alle Seiten ist diese Entscheidung mit großen Unwägbarkeiten verbunden. Gerade Nordrhein-Westfalen pflegt besondere Beziehungen zu Großbritannien, schließlich entstand unser Land nach dem zweiten Weltkrieg mit der damaligen Einigung der britischen Besatzungsmacht, der „Operation Marriage“ und dem Zusammengehen mit dem Land Lippe.

Der aktuelle Verhandlungsstand deutet jedoch an, dass es beim Brexit harte Einschnitte geben wird. Außerdem wird in vielen Punkten keine Einigung bis zum 29.03.2019 erwartet. Die Landesregierung arbeitet auf allen Ebenen daran, dass der Brexit nicht zum Nachteil für Nordrhein-Westfalen wird. Der Brexit-Beauftragte der Landesregierung, Friedrich Merz, ist dazu im Auftrag des Landes unterwegs.

Auf neue Basis stellen

Um den Austritt Großbritanniens aus der EU so effektiv wie möglich für Nordrhein-Westfalen zu gestalten, hat sich im November auch eine Enquetekommission im Landtag konstituiert. Sie wird sich in den nächsten Monaten mit den Folgen und Auswirkungen des Brexit auf unser Land befassen. Für die CDU-Fraktion ist es wichtig, dass die positive und freundschaftliche Verbundenheit im Falle des Brexit auf eine neue Basis gestellt wird.

Wir brauchen unsere Nachbarn auf der Insel, aber gleichzeitig benötigen wir eine neue Balance von Rechten und Pflichten. Die Enquetekommission „Brexit“ kann mit ihrer Arbeit eine hervorragende Unterstützung der bisherigen Anstrengungen der Landesregierung und der NRW-Koalition sein, Nordrhein-Westfalen auf den Brexit vorzubereiten.



Raphael Tigges,
Sprecher für die
Enquetekommission III

ORDENTLICHE MITGLIEDER



Matthias Goeken



Oliver Krauß



Holger Müller



Romina Plonsker



Raphael Tigges
(Sprecher)



Dr. Christian Untrierer, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

FLUGGASTRECHTE

Mit der App zum Schadensersatz

Entspannung und Freude. Das ist es, was die meisten von uns mit dem Wort „Urlaub“ verbinden. Doch gerade wenn es mit dem Flieger ans gewünschte Reiseziel gehen soll, dann kann aus Entspannung Stress und aus Freude Frust werden.

Bundesweit nehmen Flugverspätungen und Annullierungen seit einigen Jahren zu. Allein im Juli 2018 wurden deutschlandweit fast 3.200 Flugausfälle verzeichnet. Im ersten Halbjahr 2018 haben sich die Problemflüge gegenüber dem gleichen Zeitraum 2017 verdoppelt.

Theoretisch haben die Fluggäste dann Recht auf Schadenersatz. Das ist klar gesetzlich geregelt. Praktisch ist die Durchsetzung der Rechte aber schwierig. Denn die Fluggesellschaften nehmen diese Vorschriften teilweise nicht sehr ernst und verkomplizieren sogar die Rechtsdurchsetzung durch verzögernde, undurchschaubare Bürokratie.

Wissen ist Macht

Die Fraktionen von CDU und FDP haben daher gemeinsam einen Antrag zur Stärkung der

Fluggastrechte in den Landtag eingebracht. Gemeinsam mit der Verbraucherzentrale erarbeiten wir ein Konzept für eine App, die den geschädigten Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Informationsplattform bieten soll. Diese soll es ermöglichen, bestehende Ansprüche gegenüber den Fluggesellschaften schnell und kostenlos zu prüfen. Wir wollen den Verbrauchern helfen. Wir stärken den Verbraucherschutz, denn nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen.

INFO

Die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, sind hochfrequentiert. Allein in den Sommerferien flogen vom Flughafen Düsseldorf etwa 3,9 Millionen Fluggäste ab. Köln-Bonn verzeichnete mit rund 2,1 Millionen einen Rekord in der eigenen Flughafengeschichte. Dortmund fertigte immerhin 331.000 Fluggäste ab.



Foto: CDU-Fraktion/ Ann-Kathrin Küsters

PARLAMENTSNÄCHTE

„Toll, dass es so etwas gibt!“

Der Landtag feierte Geburtstag – und Tausende kamen. Das Gebäude am Rhein wurde 30 Jahre alt. Landtagspräsident André Kuper hatte die Bürgerinnen und Bürger des Landes zu zwei Parlamentsnächten eingeladen. Eine Einladung, die mehr als 5.000 Menschen gerne annahmen. Sie nutzten die Gelegenheit, einmal den Landtag von innen zu sehen, hinter die Kulissen zu schauen und sich über Landespolitik direkt im Parlament zu informieren.

Politische Informationen, Diskussionen, Kunst und Musik – das war die Mischung auf den Fluren und in den Sälen am Freitag und Samstag, den 28. und 29. September. Natürlich hat auch die CDU-Fraktion ihre Türen geöffnet und den Besuchern ein Programm für Augen, Ohren und Gaumen geboten.

Ahnengalerie in neuem Licht

Der Fraktionsaal erstrahlte in einem anderen Licht als sonst üblich. Extra für die beiden Abende wurde mit einer Lichtinstallation die Geschichte unserer Fraktion im Landtag neu in Szene gesetzt. Die Porträtbilder aller bisherigen CDU-Fraktionsvorsitzenden und der CDU-Ministerpräsidenten erstrahlten im sonst dunklen Fraktionsaal und überraschten so

manchen Besucher: „Also den Laschet kenne ich, aber wer war nochmal Adenauer...?“

Das Foyer des Fraktionsaals verwandelte sich in eine Wohlfühloase. Bei entspannender Piano-Musik konnten sich die Besucher die Räume der Fraktion ansehen und sich von einer Sommelière die ausgesuchten Weine vorstellen lassen. Wer sich noch lange an seinen Besuch bei der CDU erinnern mochte, dem wurde ein ganz persönliches Souvenir erstellt: In einer Foto-Box konnten die Besucher sich vor Landtagshintergründen ablichten lassen. Wer es etwas lustiger mochte, konnte sich dazu auch mit einigen netten Accessoires verkleiden.

Gespräche bis in die Nacht

Diskutiert wurde natürlich auch. Die entspannte Atmosphäre war der richtige Hintergrund für anregende Gespräche zu Politik, dem Landtag und der Arbeit der Fraktion. Abgeordnete und Fraktionsmitarbeiter nahmen sich viel Zeit, um ausführlich zu informieren, Fragen zu beantworten und Anregungen aufzunehmen. Das Fazit der Besucher war eindeutig: „Wirklich spannend, so hinter die Kulissen gucken zu können“, sagte eine Besucherin. „Ich habe ein ganz neues Bild von der Arbeit des Landtags gewinnen können. Toll, dass es so etwas gibt!“



In einer „Fotobox“ konnten sich Besucher der CDU-Fraktion vor verschiedenen Landtagshintergründen ablichten lassen.



Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Von der Freude des Regierens

Weihnachten 2019 steht vor der Tür – 516 Tage seit der Wahl des Ministerpräsidenten Armin Laschet sind vergangen. Die Verabschiedung des zweiten Haushalts der NRW-Koalition steht auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Parlamentes in diesem Jahr. Es wird der erste geplante Haushalt mit Gestaltungsspielräumen seit 1973 sein. Der erste Haushalt mit Überschüssen, der erste Schritt vom rot-grünen Schuldenland zum Aufsteigerland. Wir investieren in unsere Bildung, in die Innere Sicherheit, die Digitalisierung und die Infrastruktur. Keine andere Landesregierung zuvor hat sich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Bürgermeistern und den Politikern in den Räten so intensiv darum gekümmert, die seit Jahrzehnten unter sozialdemokratischen Regierungen entstanden kommunalen Probleme nachhaltig in den Griff zu bekommen.

So gestalten zu dürfen, das macht Freude! Vielleicht muss man Oppositionsjahre erlebt haben um so zu empfinden. Vergessen darf man diese Jahre nie. Und doch ist da dieses unbestimmte aber wahrnehmbare Flüstern: „Kann es nicht noch ein wenig mehr sein?“ oder „Bei uns vor Ort ist aber noch nichts angekommen!“

Aus dem 18. Jahrhundert ist ein Spruch überliefert, den ich in dieser Vorweihnachtszeit all den

jenigen mit auf den Weg geben möchte, die sich mehr wünschen: „Nimmer ruht der Wünsche Streit.“ Genau diesen Weg, den Weg des Streites, aber dürfen wir nicht einschlagen! Gerade die zurückliegenden Landtagswahlen haben doch gezeigt, dass Streit immer zu Lasten der Streitenden geht. Die SPD geführten Vorgängerregierungen haben uns in vielen Politikbereichen eine schwere Erblast aufgebürdet, die nur durch zielstrebige und konsequente Politik mit Ihrer Unterstützung vor Ort aufgelöst und bewältigt werden kann.

Ach ja, Sie werden sich nun vielleicht fragen, was ich mir wünsche. Ganz einfach: Verständnis dafür, dass nicht alle Ihre Wünsche zeitgleich und gleichwirkend an jedem Ort unseres schönen Landes verwirklicht werden können. Die Fraktionen von CDU und FDP werden auch im kommenden Jahr gemeinsam mit der Landesregierung kontinuierlich daran arbeiten, unsere – im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziele – spürbar für die Menschen in unserem Land zu verwirklichen. Schaffen wir jetzt zusammen die Grundlagen für eine weitere Regierungszeit!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Übergang ins neue Jahr 2019!

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie Feck, Kai Schumacher, Nils Sönksen, Joschka Thiel, Britta Weiss

Kontakt und Website: www.cdu-fraktion.nrw

Frauen Union in NRW feiert ihr 70-jähriges Bestehen

Fotos: Anika Zimmer

Immer aktuell und voller Tatendrang, so präsentierte sich die Frauen Union zum 70. Geburtstag, der im August auf einem Rheinschiff gefeiert wurde. Es war schon ein besonderer Tag für die mehr als 150 Gäste. Bei schönstem Wetter ging es von Wesseling nach Königswinter. Nach einem Sektempfang begrüßte die Landesvorsitzende der FU NRW, Frauenministerin Ina Scharrenbach, den Landesvorsitzenden der CDU, Ministerpräsident Armin Laschet, sowie weitere Ehrengäste.

In seiner Festrede betonte Armin Laschet die Bedeutung der FU NRW für die Gesamtpartei und ging auf die aktuelle

Politik in Nordrhein-Westfalen ein. Fast unbemerkt von den Gästen übernahm der Ministerpräsident für kurze Zeit das Ruder des Schiffs. Ministerin Ina Scharrenbach hielt einen Rückblick über 70 Jahre FU und schaute auch auf künftige Aufgaben. Die Ehrenvorsitzende Dr. Dorothee Wilms berichtete über die Gründungsphase der FU im Rheinland.

Die Ehrung des Gründungsmitglieds Ursula Schmidt-Goertz war ein Highlight. Sie trat vor 70 Jahren in die CDU und FU ein und ist damit eine Zeitzeugin, die sehr eindrucksvoll über die Anfänge der FU berichten konnte. Resümee der Geburtstagsfeier: eine runde Sache! ■



Neues wagen – Bewährtes erhalten!

Die Ruhr-Konferenz stärkt die Potentiale des Ruhrgebiets und nimmt sich entschlossen seiner Schwächen an. Dabei setzt die Landesregierung auf mehr Eigenverantwortung und intensive Kooperation. Die Ruhr-Konferenz als Runder Tisch einer Region im Wandel.

Ein Gastbeitrag von Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

Ministerpräsident Armin Laschet hat das Ziel für die seit Ende August laufende Ruhr-Konferenz klar definiert: „Starken Metropolregionen gehört die Zukunft im weltweiten Wettbewerb. Und die Städte und Gemeinden an Ruhr, Emscher und Lippe haben das Zeug dazu, in dieser Liga mitzuspielen.“ Nach weniger als einem Jahr Vorlauf steht heute ein stabiler Organisationsrahmen, genauso wie die 20 Themenforen. Am 31. August 2018 hat das Landeskabinett in seiner Sitzung auf Zeche Zollverein in Essen das Startsignal für die nächste Phase gegeben, um die Zukunft des Ruhrgebiets aktiv zu gestalten. Mit der Ruhr-Konferenz soll sich das Ruhrgebiet zu einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen Metropolregion im digitalen Zeitalter entwickeln.

Die Voraussetzungen sind gut, denn mit rund fünf Millionen Menschen ist das Ruhrgebiet schon heute einer der Ballungsräume in der Europäischen Union, in der Kooperationen erfolgreich gelebt werden. Wer auf die ambitionierten Projekte der Region in der Vergangenheit schaut, der wird feststellen, dass das Format einer permanenten Konferenz genau das richtige Konzept ist, um zu gebündelten, schlagkräftigen Initiativen zu kommen: Die Internationale Bauausstellung IBA-Emscherpark, die Renaturierung der Emscher, die Kulturhauptstadt 2010 oder der Roll-out von InnovationCity Ruhr waren Resultate großer Kooperationsbereitschaft und dem gemeinsamen Willen aller Beteiligten, zum Gelingen beizutragen.

Das vielzitierte Kirchturmdenken, das den Kommunen im Revier immer wieder vorgeworfen wird, existiert in der Praxis kaum noch. In den 53 Städten und vier Kreisen des Regionalverbandes Ruhr gibt es Kooperationen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens: Die Business Metropole Ruhr als

Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsförderer, regelmäßige Treffen der Oberbürgermeister und Landräte und die Universitätsallianz Ruhr sind Beispiele hierfür.

Auf diese Stärken baut das Konzept der Ruhr-Konferenz auf: Wir haben 20 Themenforen gebildet, die sich um alle relevanten Bereiche des Lebens wie Verkehr, Bildung, Sicherheit, Gesundheit, Integration und Innovation kümmern. Zusammen mit Stiftungen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Vereinen und den Kommunen erarbeiten wir in den Themenforen Projekte, die das Potential der Metropolregion heben. Geleitet werden die Foren durch die thematisch zuständige Ministeriumsspitze und ihre Tandempartner. Mit dabei sind Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und Gesellschaft, die aus der Region kommen oder einen starken Bezug zum Ruhrgebiet haben. Dabei setzen wir auf die Lösung konkreter Fragen. Die Arbeitsplatzsicherung, die Situation in der Pflege, Verbesserung der Bildung oder die Bekämpfung der Clan-Kriminalität sind nur vier Beispiele für die Themen, die uns in den Foren bewegen werden.

Der Beirat der Ruhr-Konferenz, mit dem Präsidenten der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw), Arndt G. Kirchhoff, der Vorsitzenden des DGB NRW, Anja Weber, sowie dem Bischof von Essen, Dr. Franz-Josef Overbeck, unterstützt die Landesregierung bei der Steuerung des Gesamtprozesses, den Beratungen zu den Themenforen und Projekten und bei der Auswahl der Leitprojekte.

Es wird nicht einfach werden, denn dieses neue Selbstverständnis von kooperativer Politik ist anspruchsvoll. Aber es ist auch fest verankert in der besonderen Mentalität der Men-



Foto: Adobe Stock

schen im Ruhrgebiet. Die Ruhr-Konferenz ist ein Zukunftsprojekt, das an die besten Traditionen des Ruhrgebiets anknüpft, an Innovation, Wandel und Weltoffenheit. Im Bereich von Innovation und Wirtschaft können wir uns an großen Vorbildern orientieren. Große Gründerpersönlichkeiten hat es im Ruhrgebiet immer gegeben. Menschen wie Friedrich Krupp oder August Thyssen prägten das Bild der damaligen Boomregion. Ihr Gründergeist inspiriert bis heute viele Menschen.

Der Wandel liegt dem Ruhrgebiet inne. Bereits in der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts wurden Dörfer zu Stadtteilen in Großstädten. Dem Ruhrgebiet ist es gelungen, diesen Wandel, in dem alte und vertraute Strukturen zerfielen, zukunftsorientiert zu gestalten. Genauso rasant wie industrielle Innovationen das Gesicht der Region veränderten, so war es die Zuwanderung, die das Ruhrgebiet prägte. Erfolgreicher Strukturwandel ist im Ruhrgebiet schon immer die Symbiose von gesellschaftlicher Integration und wirtschaftlicher Innovation gewesen. Dies beherrschen die Menschen im Ruhrgebiet wie in kaum einer anderen Region der Welt. Mit der Digitalisierung erreicht uns der nächste grundlegende Wandel, der alle Bereiche des Lebens radikal verändern wird. Gerade weil das Ruhrgebiet sich immer wandeln musste, glaube ich fest daran, dass das Ruhrgebiet wie keine zweite Region auf diese verändernde Wucht der Digitalisierung vorbereitet ist.

In diesem Prozess des Wandels haben sie den Wert einer Ressource entdeckt, die wertvoller ist als Kohle und Stahl. Der Schlüssel zu einem innovativen wie integrationsfähigen Ruhrgebiet heißt Bildung: Akademische, berufsnah und schulische Bildung sind Kern der Wertschöpfungsketten der Zukunft. Es ist Aufgabe der Ruhr-Konferenz, diese Stärken des Ruhrgebiets zu heben. Das Ruhrgebiet verfügt heute über

eines der dichtesten Hochschulnetze in Europa. Das ist übrigens ein Verdienst des ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Franz Meyers, der das Projekt „Ruhr-Universität Bochum“ 1961 startete. Erster Rektor der Hochschule wurde übrigens der ehemalige Vorsitzende der CDU in Westfalen, Professor Kurt Biedenkopf. Der erfolgreiche Strukturwandel ist also nicht das Ergebnis sozialdemokratischer Politik, sondern christdemokratischer Initiativen. Heute gibt es fünf Universitäten, eine Kunst- und Musikhochschule, 15 Fachhochschulen und 49 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Ruhrgebiet. 2.200 Professoren und 15.000 wissenschaftliche Angestellte arbeiten in unserer Region. Dazu kommen rund eine Viertelmillion Studierende. Diese Strukturen machen uns stark für den Wettbewerb der globalen Metropolregionen. Die Ruhr-Konferenz ist das geeignete Instrument, diesen Prozess von der Industriegesellschaft zur Wissensökonomie der Zukunft zu gestalten. Sie ist der „Runde Tisch“ für eine Region im Wandel. ■



Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner ist seit dem 30. Juni 2017 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Ruhr-Konferenz obliegt seiner Federführung. Ihr Ziel ist es, das Ruhrgebiet zu einer erfolgreichen und lebenswerten Metropolregion zu entwickeln. Der Jurist, mit eigener Sozietät, erhielt 1980 seine Zulassung als Rechtsanwalt und 1990 als Notar. Von 1984 bis 1994 war er Ratsmitglied in seiner Heimatstadt Essen. 1999 wurde ihm von der Juristischen Fakultät der Universität Hannover der akademische Grad Doktor der Rechte verliehen. Zwischen 2015 und 2017 war Stephan Holthoff-Pförtner Schatzmeister der CDU Nordrhein-Westfalen.

Foto: Land NRW/Sondermann

12 Fragen an Elisabeth Winkelmeier-Becker



Elisabeth Winkelmeier-Becker, Jahrgang 1962, ist seit 1981 Mitglied der CDU. Sie ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und ein Enkelkind. Nach ihrem Studium der Rechtswissenschaften arbeitete sie ab 1992 als Richterin (und ist jetzt außer Dienst). Elisabeth Winkelmeier-Becker war insgesamt sechs Jahre im Landesvorstand der Jungen Union NRW. Seit 2010 ist sie Vorsitzende der CDU Rhein-Sieg. Die gebürtige Troisdorferin ist seit 2005 als direkt gewählte Abgeordnete Mitglied des Deutschen Bundestags. Seit 2012 ist Elisabeth Winkelmeier-Becker stellvertretende Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen und seit 2013 auch stellvertretende Vorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) NRW.

Was war Ihr erster Berufswunsch?

Nachfolgerin der Journalistin Fides Krause-Brewer, die im Fernsehen kompetent die ökonomischen Zusammenhänge der Politik erklärte

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Wenn Stress und auch Frust belastend werden, hilft der Merksatz: (1) Das ist alles selbst gewähltes Schicksal und (2) Die Menschen und das Land sind es wert!

Welches Lied singen Sie gerne?

„Su lang mer noch am lääve sin“ und alle Lieder von Brings

Was mögen Sie an der CDU?

Die klare Ausrichtung auf das christliche Menschenbild: Personalität, Solidarität und Subsidiarität

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

„Wonder Woman - Justice Begins with her“

Was ist Ihre größte Schwäche?

Die typische Politikerschwäche: Ungeduld

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

„The President is Missing“ und „Warum Nationen scheitern“

Was können Sie besonders gut kochen?

Chili con/sin Carne – in beiden Varianten lecker

Wie können Sie am besten entspannen?

Samstagsmorgens beim Walken im Wald

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

In Jerusalem

Sie sind Sprecherin der Arbeitsgruppe für Recht und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Die Stärkung unseres funktionierenden Rechtsstaats als Fundament unserer freiheitlichen-demokratischen Gesellschaft; und Verbraucherschutz ohne Bevormundung

Wie sieht Ihr Traum vom Glück aus?

Gerechte Lebenschancen verwirklichen, vor allem für junge Menschen in Deutschland, Europa und der Welt

12 Fragen an Heinrich Frieling

Heinrich Frieling, Jahrgang 1985, ist seit 2004 Mitglied der CDU. Nach dem Abitur studierte er Rechtswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. 2012 wurde er als Rechtsanwalt zugelassen. Seit 2009 ist Heinrich Frieling Mitglied der Gemeinde Ense und dort seit 2014 Vorsitzender der CDU-Fraktion. Von 2012 bis 2016 war er Kreisvorsitzender der Jungen Union Soest, ehe er 2017 das Amt des Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Soest übernahm. Bei der Landtagswahl 2017 haben ihn die Bürgerinnen und Bürger direkt in den Düsseldorfer Landtag gewählt und seit 2018 ist Heinrich Frieling Mitgliederbeauftragter der CDU Nordrhein-Westfalen.



Was war Ihr erster Berufswunsch?

Im Grundschulalter: Sparkassen-Direktor. Später: Pastor

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

„Man darf niemals sagen ‚zu spät‘. Auch in der Politik ist es niemals zu spät. Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.“ (Konrad Adenauer)

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

„Jagd auf Roter Oktober“ (an der Stelle Sean Connerys)

Was ist Ihre größte Schwäche?

Ich trinke keinen Alkohol, sage aber bei Sambuca nicht Nein. Das ist mindestens inkonsequent.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Lothar Gall: „Hardenberg – Reformator und Staatsmann“
Ephraim Kishon: „Der Fuchs im Hühnerstall“
(beides Geschenke)

Was können Sie besonders gut kochen?

Am besten schmeckts, wenn ich Mamas Suppe aufwärme.

Wie können Sie am besten entspannen?

Beim Wandern an der frischen Luft oder einer Runde Doppelkopf

Was mögen Sie an der CDU?

Besonders das generationenübergreifende menschliche Miteinander. Dank unseres gemeinsamen Wertefundamentes fühlt man sich überall in der CDU „zu Hause“.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

In einer der starken ländlichen Regionen Bayerns

Bei der Landtagswahl haben Sie sich als Neuling gegen den Kandidaten der SPD, den damaligen Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer, durchgesetzt und sind erstmals in den Landtag eingezogen? Was hat sich für Sie seit Ihrer Wahl verändert?

Politik wurde vom Hobby zum Beruf und bestimmt nun den Tagesablauf, einschließlich des Pendelns zwischen Düsseldorf und meinem Soester Wahlkreis. Eigentlich ist es wieder wie im Studium: Man sitzt ständig im Zug, kommt selten früh ins Bett und teilt sich das Badezimmer der Zweitwohnung zu Dritt.

Wo sehen Sie die besonderen politischen Herausforderungen, die Sie im Landtag angehen wollen?

Wir müssen unser entschlossenes Engagement zur Stärkung der Inneren Sicherheit fortsetzen, dürfen Umwelt und Landwirtschaft nicht gegeneinander ausspielen und müssen die Kommunen weiter stärken.

Sie kommen aus Südwestfalen, eine der drei stärksten Industrieregionen Deutschlands. Was können andere Regionen in Nordrhein-Westfalen von Südwestfalen lernen?

Die westfälische Verlässlichkeit und Beständigkeit unserer Familienunternehmen, sowie ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt in Familie, Nachbarschaft und Ehrenamt bieten eine gute Grundlage für Innovationen und Investitionen.



DIE GESCHÄFTE DER DEUTSCHEN UMWELTHILFE

*Inzwischen kennt den Verein jeder.
Wie er sich finanziert, wissen jedoch nur die Wenigsten.*

Von Katja Heins

Sie hat dutzende Klageverfahren für „saubere Luft“ eingeleitet und feiert sich dafür: Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) erzwingt in immer mehr Städten Fahrverbote für Dieselaautos und setzt so Bundesregierung, Autobauer und Städte unter Druck. Bei Millionen von Bürgern wächst indessen die Unsicherheit – und die Wut. „Die DUH klagt durch alle Instanzen“, so wirbt die Verbraucherschutzorganisation im letzten Geschäftsbericht voller Stolz. „Wir streiten für Umwelt und Gesundheitsschutz“, betont der DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch.

Die Bekanntheit der Deutschen Umwelthilfe wird immer größer. Auch international klagt sie in mindestens neun Ländern auf bessere Luft. Dabei ist der Öko-Verein gar nicht groß aufgestellt, zumindest auf den ersten Blick: Gerade einmal rund 100 Mitarbeiter beschäftigt die Organisation – und das angesichts einer überschaubaren Mitgliederzahl von nur 274. Zudem leistet sich die DUH zwei Sitze. Der Hauptsitz ist in Hannover. Die Verwaltung sitzt im beschaulichen Radolfzell am Bodensee. Wenn ein Gerichtsurteil ansteht und die Presse kommt, gibt der Geschäftsführer auch 'mal Statements am Seeufer und demonstriert Naturverbundenheit – im Hintergrund die Schweizer Berge.

Doch woher nimmt die DUH überhaupt ihr Geld?
Und wer fördert sie?

Über eine Grundfinanzierung oder Mitgliedsbeiträge verfügt die Verbraucherschutzorganisation nach eigenen Angaben

nicht. „Die DUH finanziert sich aus Projektgeldern von öffentlichen Stellen wie Bundesumweltministerium und Europäische Union, durch Spenden und Förderungen von Privatmenschen, Stiftungen und Unternehmen“, heißt es im letzten Geschäftsbericht.

Moment, Geld vom Bund? Anfang Oktober berichtete die „Rheinische Post“, dass die DUH im kommenden Jahr tatsächlich viel Geld aus Berlin erhalten soll. Erneut. Gerade sei vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) ein Vertrag unterzeichnet worden, demzufolge die DUH 2019 rund 800.000 Euro Fördermittel erhalten soll.

Das Wirtschaftsministerium habe die Verlängerung des Rahmenvertrags bis Ende 2019 für die DUH und Partner bestätigt, schreibt die Zeitung weiter. Den Betrag habe das BMWi aus Datenschutzgründen nicht bestätigen wollen. Fördermittel erhalte die Deutsche Umwelthilfe für die Betreuung des „Energiedialogs“ zum Bau der neuen Stromtrassen von Nord nach Süd.

In den letzten 18 Jahren rund drei Millionen Euro

Einigen Abgeordneten in der Hauptstadt ist die Förderung der DUH schon länger ein Dorn im Auge. Eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung unter dem Titel „Zusammenarbeit von Bundesregierung und externen Interessenträgern“ – mit Letzteren war die DUH gemeint – ergab im Mai die Auskunft: „Die Projektförderung des Bundes zielt darauf ab, die fachpolitischen Ziele

der Bundesregierung umzusetzen. Sie ist grundsätzlich zweckgebunden, so dass es nicht möglich ist, Mittel, die im Rahmen der Projektförderung vergeben werden, für andere, ggf. politische Aktivitäten zu nutzen.“

Das heißt, eine Zweckentfremdung ist ausgeschlossen? Und was genau verbirgt sich hinter den „fachpolitischen Zielen“? Ein Interesse an Fahrverboten kann die Bundesregierung unmöglich haben.

Weiter in der Antwort heißt es: Das Wort „Zusammenarbeit“ in der Anfrage sei zu allgemein. Zudem werde die ordnungsgemäße Mittelverwendung vom Fördermittelgeber während beziehungsweise nach dem Abschluss jedes einzelnen Vorhabens überprüft.

Eine weitere Kleine Anfrage im Juni bringt dann ans Licht: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat der DUH seit dem Jahr 2000 Finanzmittel in Höhe von insgesamt rund drei Millionen Euro gewährt. Unter anderem für eine „Solarbundesliga“ und ein „Forum Netzintegration“.

Spenden und Abmahnungen

Doch was macht nun den größten Posten der Einnahmen aus? Laut DUH-Jahresreport sind es „zweckgebundene Spenden, Sponsoring und Zuschüsse“. Die Höhe: rund 4,2 Millionen Euro. Wie hoch hieran der Spendenanteil ist und wer die größten Spender sind, erfährt man anders, als es bei politischen Parteien Vorschrift ist, jedoch nicht.

Hinsichtlich der Zuwendungen heißt es im DUH-Geschäftsbericht aber zumindest: Zu den Institutionen, die mit ihren Zuwendungen jeweils ein Prozent zum Haushalt der DUH beigetragen haben, gehören nachgelagerte Behörden wie das Bundesamt für Naturschutz, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die Climate Works Foundation, die European Climate Foundation – aber auch die Krombacher Brauerei, die Telekom Deutschland sowie Rapunzel Naturkost.

Über eine weitere Partnerschaft berichtete DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch Anfang März in der ZDF-Talkshow „Maybrit Illner“: Die Deutsche Umwelthilfe erhalte jedes Jahr 50.000 bis 70.000 Euro vom japanischen Autobauer Toyota.

– Wer sich in der Branche auskennt, weiß, dass das Kerngeschäft des japanischen Autobauers der Hybrid-Antrieb ist. Gegen den Vorwurf befangen zu sein, wehrt sich Resch aber vehement.

In den Medien hat die DUH längst den Ruf weg als „Abmahnverein“. Die ARD-Sendung „Plusminus“ zum Beispiel berichtete im vergangenen Jahr über DUH-Mitarbeiter, die gezielt bundesweite Zeitungsanzeigen oder Angebote auf Verstöße überprü-

fen würden – und brachte ein Beispiel aus Magdeburg: Ende Juli 2017 habe ein Autohaus einen Gebrauchtwagen in einem Wochenblatt inseriert. Kurz darauf sei per Fax eine Abmahnung der Deutschen Umwelthilfe gekommen. Die Verbrauchswerte des Fahrzeugs seien nicht angegeben worden. 229 Euro solle der Händler überweisen, für den kleinen Fehler eines Mitarbeiters. Und noch mehr: Er müsse auch eine Unterlassungserklärung unterschreiben, heißt es in dem ARD-Beitrag weiter. Passiere dem Händler so ein Fehler dann nochmal, könne ihn das 10.000 Euro kosten.

Zum Wohle der Umwelt?

Laut „Plusminus“ werden rund 1.500 Briefe dieser Art jährlich von der DUH verschickt. Nicht nur an Autohändler, sondern auch Möbelhäuser, Elektromärkte und Maklerbüros würden abgemahnt.

In ihrem Geschäftsbericht nimmt die Deutsche Umwelthilfe zu den Vorwürfen Stellung, als „Abmahnverein“ tätig zu sein: „Mit unserer ökologischen Marktüberwachung schließen wir als Umwelt- und Verbraucherschutzverband diesen rechtsfreien Raum“, heißt es dort. Die DUH übernehme lediglich Aufgaben, die „eine staatliche Stelle wahrnehmen müsste“.

Das heißt: Die Deutsche Umwelthilfe kann gar nicht anders? Sie ist also quasi gezwungen Klagewellen in Gang zu setzen, weil der Staat versagt? Ist das ihre Legitimation?

Einige Seiten weiter im Jahresreport ist auch aufgelistet, welche Summe die Umwelthilfe im Jahr 2016 aus Abmahnungen und Strafgeldern eingesammelt hat: rund 2,5 Millionen Euro. Das entspricht mehr als einem Viertel des Jahresbudgets, das sich im zuletzt veröffentlichten Jahr 2016 auf 8,1 Millionen Euro bezifferte. Zum Vergleich: Im Jahr 2006 lag der „Ertrag Verbraucherschutz“, wie es damals noch hieß, bei 93.000 Euro, ein Jahr später schon bei 294.000 Euro.

Jürgen Resch hat natürlich auch darauf eine Antwort: „Wir sind vom Bundesamt für Justiz in der Liste der klageberechtigten Verbände aufgelistet und werden regelmäßig überprüft, übrigens in den vergangenen zwölf Jahren ohne jegliche Kritik der Behörde.“

Ob sich der Bürger eine staatliche Förderung der zunehmend als Abmahnverein agierenden DUH wirklich wünscht, darf jedoch bezweifelt werden!



Hovenjürgens **ANSAGE!**

Nicht nur meckern, wir brauchen Menschen, die sich konstruktiv einbringen

Denkt man die Wintermonate in Deutschland, so denkt man an feuchte, kalte, dunkle Tage. Der Winter in unseren Breiten ist nichts, nach dem man sich wirklich sehnt. Und je länger der Winter andauert, umso toller und farbenfroher wird die Erinnerung an die Monate davor.

Schaut man sich manchen Fernsehbeitrag an, liest man so manchen Beitrag in der Zeitung oder den sozialen Medien, so habe ich den Eindruck, ganz Deutschland sei in diesem Dunkel verschwunden. Dunkle Farben, graue Töne überwiegen. Allerorten wird kritisiert, gemäkelt und lamentiert, dass einem angst und bange werden kann.

Wo aber stehen wir in Deutschland wirklich? Leben wir nicht in einer der längsten Friedensperioden seit Generationen? Wer erinnert sich noch wirklich daran, was es heißt Hunger zu haben, vollkommen ohne Hilfe und Unterstützung für die existenziellsten Bedürfnisse für sich und seine Familie aufkommen zu müssen? In einer Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes beurteilten 63 Prozent der Befragten vor Kurzem ihre finanzielle Lage als gut oder sehr gut, 2005 waren es nur 40 Prozent.

Die meisten Menschen in Deutschland kennen unser Land nur als Hort der Stabilität und des Wohlstandes. Aber auch das ist nicht selbstverständlich. Schauen Sie in andere Länder der Europäischen Union. Geht es uns in Deutschland nicht gut?

Dass das so ist, ist der Arbeit vieler Millionen Menschen in den letzten Jahrzehnten zu verdanken. Es war der Fleiß vieler Millionen Menschen, die Deutschland zu dem gemacht haben, was es heute ist. Und es waren kluge politische Grundsatzentscheidungen, meist von CDU-geführten Regierungen, die diese Entwicklung möglich gemacht haben.

Ich würde mir wünschen, wenn wir das anerkennen würden. Wenn wir als Deutsche und Nordrhein-Westfalen auf das stolz sein könnten, was wir in den vergangenen Jahrzehnten geschafft haben. Die Menschen, gerade hier in Nordrhein-Westfalen, haben sich nicht lange mit reden aufgehalten, sie haben angepackt und geackert.

Und das wünsche ich mir für das kommende Jahr.

Gemeinsam und konstruktiv an unserem Gemeinwesen weiterbauen, nicht nur darüber meckern was nicht geht, sondern zeigen, wie man es besser machen kann.

Sachliche Herausforderungen angehen, weniger über Personen sprechen und immer daran denken, dass Politik für die Menschen gemacht wird und nicht um ihrer selbst willen.



PÖ 212 Foto: Claudia Kempf

Zusammen Zukunft gestalten

... und das mit wirtschaftlichem Erfolg,
sozialer Verantwortung und ökologischem
Bewusstsein.

**Besser Barmenia.
Besser leben.**

Barmenia Versicherungen | Barmenia-Allee 1
42119 Wuppertal | Tel.: 0202 438-2250
www.nachhaltige.versicherung | E-Mail: info@barmenia.de

Barmenia
Versicherungen

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT



» DAS ALLERWICHTIGSTE
IST, DASS DU SAUBER
SPIELST, EGAL WO UND
WAS DU SPIELST. «

Bastian Schweinsteiger, Weltmeister mit der Fußballnationalmannschaft

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL
MIT FÜNF REGELN FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal
Spielerschutz • Geprüfte Qualität

automatenwirtschaft.de

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).



Wir



spielen



fair